



Bessere Studienbedingungen für die GrundschulpädagogInnen



Fachschaftsrat Grundschulpädagogik

Möllner Straße 12, 18109 Rostock

grundschulpaedagogik@uni-rostock.de



**Sehr geehrte Frau Hesse,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schareck,**

in den Medien ist fortlaufend vom immensen LehrerInnenmangel zu hören. Dass dies bundesweit, aber vor allem in Mecklenburg - Vorpommern ein großes Problem ist, wird seit längerer Zeit berichtet: Bis 2025 müssten demnach 105 000 neue Grundschullehrkräfte in ganz Deutschland eingestellt werden - diese hohe Zahl ergibt sich unter anderem dadurch, dass zahlreiche LehrerInnen aus gesundheitlichen und altersbedingten Gründen aus dem Berufsleben austreten (vgl. Bertelsmann-Stiftung, 01/2018). Allerdings können von den Universitäten nur 70 000 zukünftige Lehrkräfte ausgebildet werden. Somit fehlt bis 2025 eine erstaunliche Zahl von 35 000 Lehrpersonen - allein an Grundschulen (vgl. ebd.). Für die Primarstufe in Mecklenburg - Vorpommern müssten bis 2025, gemäß der Bedarfsanalyse, 900 GrundschullehrerInnen neu eingestellt werden, um eine flächendeckende Besetzung zu gewährleisten (vgl. NDR1 Radio MV, 31.01.2018). Zur Kompensation des Lehrkräftemangels werden seit einigen Jahren vermehrt Quer- und SeiteneinsteigerInnen eingesetzt: So unterrichten derzeit etwa 700 SeiteneinsteigerInnen ohne Lehramtsausbildung an den Schulen des Landes (vgl. Ludmann, NDR1 Radio MV, 06.07.2017).

In Rostock werden derzeit ca. 950 GrundschulpädagogInnen ausgebildet. Viele der Studierenden im Grundschullehramt stehen schon in den Startlöchern und wollen endlich in den Schuldienst eintreten, um die Grundschulen des Landes zu unterstützen. Leider haben in den Jahren 2015 und 2016 bereits jeweils 45 bzw. 46 Studierende ihr Grundschulpädagogikstudium an der Universität Rostock abgebrochen (vgl. Kleine Anfrage an den Landtag MV #7/120 und #7/906). Und dies waren nur die letzten Jahre. Schuld an dieser hohen Zahl sind die miserablen universitären und bildungspolitischen Gegebenheiten in der Ausbildung der GrundschulpädagogInnen.

Das Land muss den signifikanten Mangel von 900 Lehrkräften an den Grundschulen bis 2025 decken. Die Universität möchte diesem Bedarf begegnen, scheitert jedoch aufgrund defizitärer Gegebenheiten. Diese zeigen sich vor allem anhand des gravierenden Mangels an Dozierenden, der aus der unzureichenden Bereitstellung finanzieller Mittel seitens des Ministeriums resultiert. Um die Signifikanz dieser Problematik und den dringend erforderlichen Handlungsbedarf zum Ausdruck zu bringen, kämpft die Studierendenschaft der Grundschulpädagogik in Zusammenarbeit mit anderen Organen der studentischen Selbstverwaltung um die Aufmerksamkeit höherer Instanzen. Im vorliegenden Forderungskatalog werden die Anliegen der Studierenden zusammengetragen und



nachstehend, adressiert an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg - Vorpommerns und das Rektorat der Universität Rostock, detailliert aufgeführt.

Wir sind der Fachschaftsrat *Grundschulpädagogik* der Universität Rostock. Unsere ehrenamtliche Aufgabe zielt auf die Interessenvertretung angehender GrundschulpädagogInnen ab. Bestehend aus elf gewählten Mitgliedern und mehreren aktiven HelferInnen vertreten wir die Anliegen von circa 950 Studierenden. Einen vermeintlichen Erfolg, unsere Interessen kund zu geben, konnten wir im vergangenen Jahr durch ein Treffen mit dem Rektor der Universität Rostock, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schareck, verzeichnen. Er bekundete sein Verständnis für unsere Situation und versprach Unterstützung. Auch mit der Bildungsministerin, Frau Birgit Hesse, war ein Treffen geplant. Bei diesem wurden sich vor allem schnelle Lösungen für die Verbesserung unserer Situation erhofft. Aufgrund gesundheitlicher Probleme musste die Ministerin leider kurzfristig absagen. Als Vertretung entsandte sie einen Staatssekretär, welcher zur Bewältigung der Problematiken konstruktive Lösungsvorschläge seitens des Fachschaftsrates erwartete. Wir sehen uns als Studierende jedoch nicht in der Lage und vor allem nicht dazu qualifiziert, politische Lösungsstrategien zu entwerfen. Wir sehen unsere Verantwortung in erster Linie darin, die Problematiken aufzuzeigen und nach außen zu kommunizieren. Weitere Versuche, einen erneuten Termin mit Frau Hesse zu vereinbaren, wurden seitens des Ministeriums abgelehnt.

Mithilfe dieses Forderungskataloges möchten wir eine Verbesserung unserer Ausbildungsbedingungen erzielen. Wir fordern Sie auf, die Probleme der Lehramtsausbildung nicht weiter zu ignorieren und endlich zu handeln - oder um es mit den Worten der Kampagne „Studieren in MV“ zu sagen: Um unserem Studiengang neben dem Meerwert auch einen Mehrwert zu verpassen!

Rostock, den 04.03.2018

Die Studierenden des Studiengangs *Grundschulpädagogik*

i.A. Der Fachschaftsrat *Grundschulpädagogik*

i.A. Sprecher

i.A. Stellvertr. Sprecherin



1. Wir fordern mehr Dozierende.

2012 ist die modularisierte Studienordnung im Lehramt in Kraft getreten. Infolgedessen wurde auch beschlossen, mehr Studierende im Studiengang *Grundschulpädagogik* zu immatrikulieren. Während 2011 insgesamt 101 Studierende an der Universität Rostock eingeschrieben wurden, waren es im darauffolgenden Jahr bereits beeindruckende 185. Also 84 angehende GrundschulpädagogInnen mehr als im Vorjahr! Vergessen wurde aber, dass diese zusätzlichen Studierenden auch mehr Dozierende benötigen. Im Haushaltsplan sind für die Grundschulpädagogik derzeit fünf Stellen vorgesehen. Es ist für uns nicht verständlich, dass die Universität bei der Erstellung des letzten Stellenplanes keine weiteren Stellen für die Grundschulpädagogik eingeplant hatte, obwohl der Dozierendenmangel seit langem absehbar war. Alle weiteren Stellen im Institut für Grundschulpädagogik werden mit Mitteln aus dem Hochschulpakt finanziert, welcher, wie Ihnen bekannt sein sollte, bereits 2020 ausläuft. Die Lehrpersonen, die diese Stellen innehaben, sind meist nur befristet aus dem Schuldienst abgeordnet. Bis heute ist es weder dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur noch der Hochschulleitung der Universität Rostock gelungen, die Anzahl an Dozierenden so zu erhöhen, dass ein geregelter Ablauf an unserem Institut dauerhaft möglich ist. Wir fordern Sie dahingehend auf, grundsätzliche Änderungen vorzunehmen. Konkret bedarf es unter anderem einer Überarbeitung des Stellenplans unseres Instituts. Unmittelbar in diesem Zusammenhang muss auch die Finanzierung der Dozierendenstellen überdacht werden.

Jahr	Erstsemester in der Grundschulpädagogik
2009	55
2010	113
2011	101
2012	185
2013	163
2014	175
2015	173
2016	187

Immatrikulationszahlen in der Grundschulpädagogik 2009 bis 2016 (Quelle: Statistisches Amt MV)



2. Wir fordern genügend Seminarplätze für alle Studierenden.

Aufgrund der fehlenden Dozierenden gibt es zu wenig Seminarplätze für alle Studierenden. Als Konsequenz können viele Studierende nicht die für das jeweilige Semester im Studienplan vorgesehenen Seminare besuchen und Regelprüfungstermine einhalten. Sie sind dadurch gezwungen, Prüfungen semesterweise zu verschieben. Dies führt zu Verzögerungen im Studienablauf und letzten Endes zur Überschreitung der Regelstudienzeit, was im Lehramtsstudium mittlerweile eher Regel statt Ausnahme ist. Dieser Mangel trägt folglich keinesfalls zu einer Besserung der Lehrkräftesituation an den Schulen des Landes bei. Wir fordern eine ausreichende Anzahl an Dozierenden, um die benötigte Anzahl an Seminarplätzen zu gewährleisten!

3. Wir fordern Seminare, die auf 25 Personen beschränkt sind.

Laut Lehrerbildungsgesetz §4 Abs. 5 sind Seminare auf 25 Studierende beschränkt. Aus Kulanz nehmen unsere Dozierenden meist noch fünf weitere Studierende auf, um den Problemen der fehlenden Seminarplätze überhaupt ansatzweise begegnen zu können. Für den Versuch, die Studierbarkeit aufrecht zu erhalten, sind wir unseren Dozierenden mehr als dankbar! Doch unter den überfüllten Seminaren leidet die Lehre erheblich. Es besteht keine Grundlage für tiefgründige Diskussionen über die Lerninhalte. Eine weitere Problematik ergibt sich aus der inhaltlichen Gestaltung der Seminare. Das Halten von Referaten ist hier die gängige Praxis und fordert die Zusammenarbeit von Studierenden in Gruppen. Die Vorbereitung eines qualitativ hochwertigen Referates wird jedoch durch die Überfüllung ungemein erschwert. Das Kontingent an Lehrenden spielt also auch in diesem Fall eine unmittelbare Rolle, kann es doch als Gelingensaspekt guten Arbeitens und Lernens in unseren Lehrveranstaltungen angesehen werden.

4. Wir fordern genügend SPÜ-Plätze für alle Studierenden.

Während unseres Studiums müssen wir Schulpraktische Übungen in unseren Studienbereichen ableisten. Das bedeutet, dass wir in Gruppen aus fünf Studierenden an die Schulen gehen, um dort einmal die Woche abwechselnd eine Unterrichtsstunde zu geben, um Praxiserfahrungen sammeln zu können. Die Zahl der Dozierenden reicht in vielen Fächern nicht aus, um den Bedarf an SPÜ-Plätzen abzudecken. Das Problem wird u.a. notdürftig gelöst, indem ehemalige Dozierende aus der Rente geholt werden. Das kann nicht die Lösung sein!



Darüber hinaus sind die Rostocker Schulen mit der Masse an Studierenden, die sie für Schulpraktische Übungen und Praktika betreuen müssen, ausgelastet. Eine Fahrtkostenrückerstattung, wie sie die Studentische Lehramtskonferenz (12/2017) fordert, würde zumindest ein Ausweichen auf das Umland ermöglichen. Wir sehen das Ministerium in der Pflicht, eine geeignete Lösung zur Entlastung der Rostocker Schulen, im Sinne einer gelungenen Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Lehrkräften, zu finden!

5. Wir fordern ein System, das die Auslosung der Seminare gerechter macht.

Jedes Semester werden die Seminare im Lehramtsstudium zugelost. Nachdem wir uns für die gewünschten Seminare angemeldet haben, erfolgt an einem bestimmten Stichtag die Auslosung. Das derzeit genutzte System ist nicht auf unsere Bedürfnisse ausgelegt. Die Zulosung erfolgt vollkommen willkürlich, sodass es regelmäßig vorkommt, dass einige Studierende zu viele, andere wiederum gar keinen Platz in den Seminaren zugelost bekommen. Eine Auswahl der Kurse nach Neigung und persönlichen Interessen ist ebenfalls nicht möglich, es gilt letztlich für alle das Motto: "Nimm, was du kriegen kannst!" Das ist mit der uns versprochenen akademischen Freiheit nicht vereinbar! Viel zu oft gehen Studierende mit leeren Händen aus und müssen auf das folgende Semester hoffen. Das bis 2016 genutzte System namens LVB (Lehrveranstaltungsbelegungs)-Portal hatte diesen Problemen noch vorgebeugt. Studieren darf kein Glücksspiel sein! Nur durch eine Verbesserung der Seminarplatzvergabe, die mit einem ausreichenden Kontingent an Dozierenden einhergeht, ist eine hochwertige und interessenbezogene Lehramtsausbildung möglich. Wir fordern die Hochschulleitung der Universität Rostock auf, Mittel und Wege zu finden, die Auslosung der Seminare wieder gerechter zu machen!

6. Wir fordern die Abschaffung der andauernden Blockseminare.

Die Stundenplanerstellung in allen Lehramtsstudiengängen gleicht einem organisatorischen Meisterwerk. Neben semesterbegleitenden Seminaren muss auch die Teilnahme an Blockseminaren beachtet werden. Sie dienen der behelfsmäßigen Abdeckung des Bedarfes, der sich aus den unzureichenden Seminarkapazitäten der vorangegangenen Semester ergibt. Besonders unzweckmäßig ist die Absolvierung der Blockveranstaltungen in der vorlesungsfreien Zeit, da diese für das Ableisten von Prüfungen, Hausarbeiten und Praktika vorgesehen ist. Durch die späte Ankündigung der Blockseminare ist es uns unmöglich, Praktika rechtzeitig zu organisieren, da man nie weiß, ob diese aufgrund eines Blockseminars noch einmal verschoben werden muss.



Im Wintersemester 2017/18 mussten Studierende das Mathematikmodul 5.2. als Blockveranstaltung besuchen. Sie waren gezwungen, dieses Angebot wahrzunehmen, um ihre Studienzeit nicht um weitere Semester verlängern zu müssen. Es muss seitens des Ministeriums und der Universität dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Seminare regulär in der Vorlesungszeit angeboten werden!

7. Wir fordern attraktivere Stellen für unsere Dozierenden.

Die Stellen, die in unserem Institut ausgeschrieben werden, sind überwiegend unattraktiv. Die meisten unserer Dozierenden arbeiten unter befristeten Verträgen, welche durch Hochschulpaktmittel finanziert werden, und wissen somit gar nicht, ob sie langfristig an der Universität bleiben können. Gerade für Eltern, die vielleicht Interesse hätten, an der Universität zu arbeiten, ist eine befristete Stelle nicht attraktiv genug, da unter Umständen schließlich der komplette Lebensmittelpunkt nach Rostock verlagert werden müsste. Daher sollte es nicht verwunderlich sein, dass unsere Dozierenden nicht in langfristige Arbeit investieren, die unser Institut doch so dringend nötig hätte. Innovative Ideen, um die Universitätsstadt Rostock zu einem Aushängeschild der Grundschulpädagogik zu machen, haben gar keine Zeit, zu reifen und umgesetzt zu werden. Hinzu kommt, dass die Stellen in der Regel nur auf die Lehre ausgelegt sind. Forschung oder gar die Möglichkeit zur Promotion sind in unserem Institut im Grunde unmöglich. Es ist demnach kein Wunder, dass zwar ständig Stellen ausgeschrieben sind, diese Ausschreibungen aber oft ohne bzw. mit ungenügenden Bewerbungen wieder verfallen und neu ausgeschrieben werden. Entsprechend müssen die Dozierenden, die noch bei uns sind, umso mehr leisten und bereits eingeplante Lehrveranstaltungen ausfallen. Wir fordern das Ministerium und die Universität auf, die Stellen attraktiver zu gestalten! Dies würde maßgeblich zu einer langfristigen Problemlösung beitragen.



8. Fazit

Wie aus den detailliert aufgeführten Problemen rund um die Ausbildung zukünftiger Grundschullehrkräfte ersichtlich wird, ist die Studierbarkeit nicht nur gefährdet, sondern bereits jetzt massiv eingeschränkt.

Wir fordern daher langfristige und situationsverbessernde Lösungen. Man darf sich nicht weiterhin auf die Abordnung von LehrerInnen aus dem Schuldienst stützen, um unsere Studierenden auf das Schulleben vorzubereiten. Auf diese Weise wird an den betroffenen Schulen die angespannte Personalsituation nur noch zusätzlich verschlimmert! Verbesserte Studienbedingungen würden zudem verhindern, dass Studierende das Studium abbrechen oder in ein anderes Bundesland wechseln müssen und nicht zurück nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, um hier - wie in der Kampagne "Lehrer/in in MV" behauptet - Meer zu erreichen.

Wir sind der Meinung, dass die derzeit desolaten Ausbildungsverhältnisse zukünftiger GrundschullehrerInnen vor allem dem Land große Sorgen bereiten sollten. Sowohl das Land, als auch die Hochschulleitung sehen wir hier in der Verantwortung, gemeinsam Lösungen zu finden, die dem Studiengang Grundschulpädagogik in Rostock neben dem bereits vorhandenen Meerwert auch einen Mehrwert verpassen. Wir zumindest sehen uns unter den gegebenen Umständen nicht mehr in der Lage, Studieninteressierten die Einschreibung in das Grundschullehramt in Rostock zu empfehlen.